

**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.

**Dagmar Schmidt  
für den Lahn-Dill-Kreis,  
Biebental und Wettenberg im Bundestag**



20.10.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in seiner Regierungserklärung zum Gipfel des europäischen Rates in der kommenden Woche hat Olaf Scholz gestern eindrücklich von seinem Besuch in Israel berichtet. Dort hat er sich unter anderem mit den Familien und Angehörigen der Geiseln getroffen, die von der Hamas in den Gaza-Streifen verschleppt wurden und unter denen sich auch deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger befinden. Unsere Haltung ist unmissverständlich klar: Wir stehen fest an der Seite Israels und tun alles dafür, dass die Geiseln freigelassen werden. Das haben wir in der letzten Woche auch in einem Antrag, der von allen Mitgliedern des Bundestags einstimmig beschlossen wurde bekräftigt. Zivilistinnen und Zivilisten müssen in diesem Konflikt geschützt werden. Dazu hat Olaf Scholz auch Gespräche mit Jordanien und Ägypten geführt, die gerade für die humanitäre Hilfe zu wichtigen Partnern werden müssen. Unmissverständlich muss klar sein, dass wir Geschehnisse, wie in dieser Woche in Berlin, wo Brandanschläge auf die jüdische Gemeinde verübt und Polizistinnen und Polizisten mit Feuerwerkskörpern beschossen wurden, nicht hinnehmen werden. Mich beschämt es zutiefst, dass das Holocaust-Mahnmal in Berlin von Polizistinnen und Polizisten vor Angriffen geschützt werden musste. Hier muss der Rechtsstaat mit allen Mitteln durchgreifen.



Unsere Krankenhäuser stehen nicht erst seit der Pandemie unter einem hohen ökonomischen Druck. Viel zu lange wurde die Chance verpasst, die Krankenhausfinanzierung auf gesunde Beine zu stellen. Mit der Krankenhausreform gehen wir dieses Problem grundlegend an und befinden uns dazu im engen Austausch mit den für die Krankenhausplanung zuständigen Ländern. Eines unserer Ziele ist dabei, die Qualität der Behandlungen zu verbessern und sicherzustellen, dass Kliniken nur das anbieten, was sie am besten können. Dazu werden gemeinsam mit den Ländern 65 Leistungsgruppen definiert. Die Länder weisen ihren Krankenhäusern anschließend die Leistungsgruppen zu. Für jede Leistung gibt es bundeseinheitliche Kriterien, sodass sichergestellt ist, dass Patientinnen und Patienten unabhängig von der Größe und Lage des Krankenhauses die beste Versorgung bekommen. Um den Krankenhäusern den wirtschaftlichen Druck zu nehmen, steigen wir aus dem Hamsterrad der Fallpauschalen aus. Stattdessen erhalten Kliniken Vorhaltepauschalen für die Leistungen, die sie anbieten. So steht künftig Qualität und nicht Quantität im Fokus der medizinischen Versorgung. Als ersten Schritt sorgen wir mit dem in dieser Woche abschließend beschlossenen Gesetz für mehr Transparenz für Patientinnen und Patienten. Denn: Wer eine OP vor sich hat, braucht verlässliche Infos darüber, in welchem Krankenhaus die bestmögliche Behandlung zu erwarten ist. Dazu führen wir im nächsten Jahr ein Info-Portal ein, das transparent darüber aufklärt, wie oft z.B. bestimmte Eingriffe durchgeführt werden oder wie viele Fachärztinnen und –ärzte und Pflegekräfte in der Klinik arbeiten.

Zudem verbessern wir die Ausbildungsmöglichkeiten in der Pflege weiter. In Zeiten des Fachkräftemangels müssen wir die Ausbildung und das Studium gerade in den systemrelevanten Berufen attraktiver gestalten. Mit dem jetzt beschlossenen Gesetz sorgen wir dafür, dass alle, die sich entscheiden ein Studium in der Pflege zu absolvieren, auch die gleiche Vergütung wie in einer Ausbildung erhalten. Außerdem schaffen wir den Einstieg in die Aufwertung der Berufe: In einem ersten Schritt erhalten Pflegekräfte mit Hochschulischer Ausbildung erweiterte Kompetenzen und dürfen künftig selbständig heilkundliche Tätigkeiten z.B. im Bereich Diabetes, der Wundversorgung oder der Demenz ausüben. Neben attraktiven Ausbildungsbedingungen und Wertschätzung in den Pflegeberufen brauchen wir ein durchlässiges System, das Karrieren ermöglicht und Perspektiven eröffnet. Im Rahmen dieses Gesetzes haben wir auch die Kinderkrankentage erneut angepasst. Während der Pandemie hatten wir diese deutlich ausgeweitet, damit Eltern beruhigt sein konnten, falls sie wegen der Krankheit ihrer Kinder nicht arbeiten konnten. Zum 1. Januar wären diese Tage auf das vorpandemische Niveau zurückgefallen. Anstatt eines Anspruchs von 10 Tagen pro Kind und Elternteil (20 bei Alleinerziehenden) können Eltern ab 2024 länger, nämlich 15 bzw. 30 Tage zuhause bleiben, wenn das Kind erkrankt. Damit machen wir vielen Familien das Leben leichter.

Wir haben uns als Koalition vorgenommen, die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern. Der Verkehr muss zuverlässiger, sicherer und klimafreundlicher werden. Dafür haben wir in der Koalition eine Reihe von Maßnahmen verabredet und legen einen besonderen Schwerpunkt auf den Schienenausbau: Bis zu 45 Milliarden Euro werden wir hier zusätzlich investieren, um das Schienennetz auszubauen. Zur Finanzierung führen wir eine Klimakomponente bei der LKW-Maut ein und weiten die LKW-Maut auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen aus. Damit bilden wir die tatsächlichen Kosten der Mobilität ab und ermöglichen, dass Straße künftig Schiene mitfinanziert. Und wir beschleunigen die Verfahren, damit die Verkehrsinfrastruktur künftig schneller

modernisiert werden kann. Zudem erhalten Kommunen größere Handlungsspielräume, um den Verkehr in Dörfern und Städten sicherer und gerechter für alle Verkehrsteilnehmer zu machen.

In der vergangenen Legislatur haben wir damals gegen den Widerstand der Union ein Lobbyregister eingeführt. Seit dieser Einführung haben sich in der Praxis Lücken gezeigt, die wir jetzt schließen. Künftig müssen Lobbyisten angeben, auf welches konkrete Vorhaben sich ihre Interessensvertretung bezieht. Außerdem müssen alle Angaben zur Finanzierung ihrer Tätigkeit machen. Wenn Mandats- oder Amtsträgerinnen und –träger in eine Lobbytätigkeit wechseln, wird dies jetzt offengelegt. Damit stärken wir die Transparenz des Lobbyismus in unserem demokratischen System.

Sehr gefreut habe ich mich in dieser Woche über Besuch aus dem Wahlkreis. Mit 4 der heimischen Bürgermeister habe ich über die lange und stetig wachsende Liste der Aufgaben von Kommunen gesprochen. Auch über die Unterbringung und Integration von Geflüchteten und über die Rolle von Bund, Ländern, den Kreisen, Städten und Gemeinden. Der Austausch über die verschiedenen Ebenen ist wichtig und Grundlage für eine gute gemeinsame



Politik. Eine starke kommunale Ebene ist das Herz unserer Demokratie. Leider können wir nicht direkt zwischen Bund und Kommunen zusammenarbeiten, weil immer die Länder dazwischen sind. Ich hoffe, dass eine neue Landesregierung in Hessen die Kommunen ernster nimmt und sie besser ausstattet, denn das echte Leben findet vor Ort statt.

Heute beginnen in Hessen die Herbstferien. Ich wünsche allen Familien, die in den Urlaub fahren oder in der Heimat eine schöne Zeit verbringen, viel Spaß und gute Erholung. Auch bei schlechtem Wetter gibt es bei uns vor Ort einiges zu entdecken. Zum Beispiel unter Tage im [Herbstlabyrinth in Breitscheid](#), in der [Grube Fortuna](#) oder der [Kubacher Kristallhöhle](#). Allen eine gute Zeit!

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt